

Bürgerliste Wiesbaden

Informationsschrift der Rathausfraktion Bürgerliste Wiesbaden

Nr. 2 - 2011

Wie gehts weiter?

Die Kommunalwahl war für die Bürgerliste eine Enttäuschung, obwohl wir leicht zugenommen haben. Von vielen Seiten waren uns starke Stimmenzuwächse prophezeit worden, und wir waren der Meinung, die Wiesbadener müßten nach dem Bruch der Jamaika-Koalition erkennen, daß feste Parteienabsprachen nichts bringen, daß dabei immer nur wieder das gleiche herauskommt und die Probleme nicht gelöst werden.

SPD und CDU hatten vor der Wahl, zumindest nach unserer Ansicht, grobe Fehlentscheidungen getroffen: Zukleistern des Platzes der Deutschen Einheit, Annullierung des Wettbewerbs zur Werbenutzung, keine Veränderungen beim Management der hochverschuldeten HSK. Zu anderen Fragen hatten sie sich vorsichtshalber gar nicht geäußert, z.B. zum zukünftigen Standort der Rhein-Main-Hallen und zur Städtepartnerschaft mit Fathi. Warum also eine große Koalition?

Die Grünen waren heillos zerstritten, beschimpften einander, hatten in der Koalition Zugeständnisse gemacht, die man nicht mehr als grüne Politik bezeichnen konnte. Sie hätten eigentlich vom Wähler abgestraft werden müssen. Dann kam Fukushima, und die Grünen konnten, obwohl es in Wiesbaden kein Atomkraftwerk gibt, die Zahl ihrer Mandate drastisch erhöhen. Man muß daraus lernen, daß bei einer Kommunalwahl die kommu-



Wie gehts weiter im Rathaus?

Foto: T. Reiß

Inhalt

Wie gehts weiter?.....	1
Besetzung von Dezernentenstellen.....	2
Gestaltungs- und Denkmalbeirat.....	3
Schlachthof.....	4
Stadtmuseum.....	5
City-Passage.....	6
Kita Geschwister-Stock-Platz wird nicht mehr am alten Standort errichtet.....	6
Jugendkriminalität in Wiesbaden.....	8
Windkraftanlagen auf den Taunushängen.....	9
Umweltbilanz Wiesbaden.....	10
Haltung der BLW zur Umweltzone vom Land bestätigt..	11
Sauberkeit.....	12
Reorganisation des Ausländerbeirates.....	13
Veranstaltung mit Hans-Peter Raddatz.....	14
Stadtteilentwicklung Breckenheim.....	15

Die Rathausfraktion informiert

nenalen Themen nur eine geringe Rolle spielen, wahrscheinlich verfolgt ein Großteil der Wähler gar nicht die Vorgänge in der Stadt. Für die Bürgerliste bedeutet das, daß ihre Stimmen zur Mehrheitsbeschaffung nicht gebraucht werden, sie kann also nur geringen Einfluß auf die Entscheidungen des Magistrats nehmen. Parteiabsprachen werden wiederum die Stadtpolitik bestimmen, das Stadtparlament wird wieder zur Abnickinstitution. Das ist keine schöne Aussicht, aber wir werden das Beste daraus machen und nach Kräften unsere Aufgabe wahrnehmen: die Verwaltung zu kontrollieren. Die Freien Wähler sind zum ersten Mal zur Wahl für die Stadtverordnetenversammlung angetreten

und haben einen Sitz gewonnen. Eine Fraktion wird man nach dem Beschluß der neuen Koalition erst mit drei Sitzen, ein einzelner kann also wenig machen. Andererseits hätte die Bürgerliste mit drei Sitzen kein Stimmrecht in den Ausschüssen gehabt. Es lag also im Interesse sowohl der Freien Wähler als auch der Bürgerliste, zu einer Zusammenarbeit zu kommen. Wir haben uns für das Experiment entschieden, obwohl die Freien Wähler uns im Wahlkampf eher unfair angegriffen hatten. Das Zusammengehen hat sich bisher bewährt, wir konnten auf diese Weise den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thorsten Reiß in den ehrenamtlichen Magistrat entsenden, was die Möglichkeit bie-

tet, dort Fragen zu klären und auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen. Herr Bachmann bleibt Freier Wähler, arbeitet aber in der Fraktion mit. Bekanntlich lehnen wir den Fraktionszwang ab und erwarten eine unabhängige Meinung von jedem einzelnen Stadtverordneten. Bezahlte Posten streben wir auch weiterhin nicht an. Wir sind allen Wiesbadenern, die uns gewählt haben, zu Dank verpflichtet, wir hätten uns nur gewünscht, daß mehr von ihnen unsere Liste angekreuzt und nicht nur einem einzelnen Kandidaten Stimmen gegeben hätten.

Michael von Poser

Besetzung von Dezernentenstellen

In der Stadtverordnetenversammlung am 16. Juni wurde die Abwahl der Dezernenten Thies und Pös und das Auswahlverfahren für die Nachfolger vorbereitet. Zu den Modalitäten eines solchen Auswahlverfahrens hat die Bürgerliste ein juristisches Gutachten beim Verwaltungsrechtler Gerhard Strauch eingeholt und dessen Inhalt der Öffentlichkeit vorgelegt. Es muß ein Wahlausschuß gebildet werden, der einen Ausschreibungstext formuliert, dann die eingegangenen Bewerbungen prüft und gegenüber der Stadtverordnetenversammlung Empfehlungen formuliert. Dieser ganze Arbeits- und Geldaufwand ist in unserem Fall eine Farce, da das Ergebnis schon feststeht, ehe das Auswahlverfahren überhaupt in Gang gekommen ist. Im Koalitionsvertrag wurde der SPD das Recht zugestanden, die

Kandidaten zu benennen. Unsere Befürchtung, daß die Dezernentenstellen wiederum nicht nach Qualifikation, sondern nach Parteibuch besetzt werden, hat sich also leider bestätigt. So eine Absprache steht natürlich im eklatanten Widerspruch zum Willen des Gesetzgebers, dessen Vorgaben auf die Wahl der befähigsten Bewerber zielen. SPD und CDU wissen das sehr wohl und wollen den Willen des Gesetzgebers unterlaufen, indem sie das Auswahlverfahren formal korrekt abwickeln und auf die von ihnen gewünschten Kandidaten zuschneiden. Über Kritik an der Vorgehensweise setzen sich die Koalitionäre zynisch hinweg, da sie sich sicher sind, mit ihren Tricks durchzukommen. Die Bürgerliste könnte die Wahl nur bei einem formalen Fehler anfechten, den zu begehen man sich

hüten wird. Ansonsten könnte ein unterlegener Bewerber mit Hinweis auf seine bessere Qualifizierung klagen. Das geschieht aber fast nie, weil solche wagemutigen Leute dann gern in der Öffentlichkeit diskreditiert werden, indem man irgendeinen privaten oder beruflichen Makel bei ihnen findet. Zu fordern ist ein faires, chancengleiches Bewerbungsverfahren ohne Präferenz eines Parteibuches, um die bestmöglichen Kandidaten für Wiesbaden zu finden, wie es das früher hier gelegentlich gab.

Michael von Poser

Christian Bachmann
(FREIE WÄHLER)

Gestaltungs- und Denkmalbeirat

Wenn man bedenkt, wie Wiesbaden einmal im 19. Jahrhundert ausgesehen hat, muß man sagen: es ist Stück für Stück häßlicher geworden, und zwar mehr durch Planung als durch Kriegszerstö-

nungsdezernenten nichts gelernt, immer wieder produzieren sie die gleichen toten Plätze und öden Gebäude. Das Wirken von Professor Pös gehörte ganz in diese Tradition der Verunstaltung. Es muß

in anderen Städten erzählt haben, wollte man es gar nicht glauben, das seien *palermitanische* Verhältnisse. Ausgerechnet diesen Architektenbeirat wollte der Dezernent auch noch zum Denkmalbeirat machen, also die Böcke mit weiteren Vollmachten bei der Gartenarbeit ausstatten.

Ein Denkmalbeirat hätte nämlich längst eingerichtet werden müssen, man denke auch an Wiesbadens Anspruch, Weltkulturerbe zu werden. Andere Städte, und gerade die, die es geschafft haben, Weltkulturerbe zu werden, verfügen über einen Denkmalbeirat oder einen Gestaltungsbeirat oder beides oder auch beides in einem. Das Entscheidende dabei ist, daß die Mitglieder, die die Stadt beraten, dort nicht bauen dürfen, und zwar sogar einige Zeit vor und nach ihrer Beratungstätigkeit. Der Beirat muß gänzlich unabhängig sein und sollte möglichst mit hochkarätigen Kennern und Könnern besetzt sein. Bei der Auswahl der Architekten kommt es darauf, daß sie nicht der herrschenden Schule der Minimalisten angehören und Erfahrung mit dem ensemblegerechten Bauen haben. Andernfalls bekommen wir wieder denselben Typus von nichtigem Gebäude. Der Beirat sollte auf jeden Fall öffentlich tagen und für Bürgerbeteiligung offen sein.

Der Oberbürgermeister hat uns die Einrichtung eines solchen Beirates zugesagt. Nach unserer Kenntnis tagt eine entsprechende Arbeitsgruppe. Möge etwas Gescheites herauskommen, das uns auf eine Wende in der Stadtplanung hoffen lassen kann.

Michael von Poser



Die Bebauung des Dernschen Geländes wurde durch eine Bürgerinitiative in den 90er Jahren verhindert.

Foto: K.H. Maierl

rung. Professor May wollte in den siebziger Jahren fast den gesamten historischen Baubestand abreißen lassen, das haben wir damals als Bürgerinitiativler gerade noch verhindert. Ebenfalls durch eine Bürgerinitiative haben wir in den neunziger Jahren den Versuch abgewehrt, das Dernsche Gelände mit einem Hochhaus zu überbauen. Aus diesen Auseinandersetzungen haben die Stadtpla-

sich jetzt endlich etwas ändern. Der Dezernent Pös hat aufs engste mit dem Architektenbeirat zusammengearbeitet. Dieser Architektenbeirat ist ein Unikum. Er soll die Stadtplaner „unabhängig“ beraten, trotzdem erhalten Mitglieder schon immer lukrative Aufträge, setzen gerade an den prominenten Stellen der Stadt ihr Zeichen und sind an der Verdichtung der Villengebiete beteiligt. Wenn wir davon

Schlachthof

Das Bauvorhaben Neubau Schlachthof wurde durch die Ausschüsse und das Stadtparlament gejagt. Im Bauausschuß stand der Punkt auf Tagesordnung II und sollte offenbar ohne Diskussion verabschiedet werden. Nach unserer Auffassung wird hier in aller Eile unter Umgehung rechtlicher Vorgaben und ohne gründliche Vorarbeit ein Billigbau hingestellt, weil man Angst hat, daß der für die Veranstaltungen zuständige Verein nicht lang genug durchhält.

Mit der Planung wurde das Architekturbüro smp beauftragt, ohne daß alternative Angebote eingeholt wurden. Das widerspricht flagrant dem einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 11.11.2010, wonach städtische Gesellschaften in solchen Fällen mindestens drei Angebote einzuholen haben. Die SEG hat im April die Bauleistung ausgeschrieben, wofür ein Stadtverordnetenbeschluß nötig gewesen wäre. Die Umgehung des Gesetzes wurde mit dem Zeitplan begründet, den man einhalten müsse.

Die Grünen haben lustigerweise im Planungsausschuß den Antrag auf



Der alte Schlachthof ist bald Vergangenheit.

Foto: T. Reiß

eine energiesparende Bauweise gestellt. Offenbar war ihnen entgangen, daß der Bau am Stadtparlament vorbei schon ausgeschrieben worden war. Herr Guntrum (SEG) belehrte sie, daß nichts mehr zu ändern sei.

Um die Mehrwertsteuer zu sparen, tritt das Kulturzentrum als Bauherr auf, wobei wir unsere Zweifel haben, ob dieser Verein der Aufgabe gewachsen ist. Laut Auskunft der SEG sieht sich das Finanzamt im Augenblick außerstande, die Frage der Steuererleichterung zu klären, d.h. es ist ungewiß, ob noch ca. 2 Millionen Euro an das Finanzamt

zu zahlen sind. Als im Jahr 2010 die Debatte über Sanierung oder Neubau begann, hieß es, die Sanierung würde ca. 7,5 Millionen kosten und die SPD brachte für den Neubau die Zahl 8 Millionen ins Spiel. Die SEG sprach dann von 11,5 Millionen plus möglicher 2 Millionen Mehrwertsteuer. Im Bauausschuß wurden die folgenden aktuellen Zahlen genannt: 14,8 Mio. Euro ohne Mehrwertsteuer, 16,9 Mio. mit Mehrwertsteuer. Wir sind also beim Doppelten der Sanierung oder darüber angelangt. Herauskommen wird ein Schuppen, der vermutlich dann in Kürze wieder baufällig sein wird. Und das in einem für Wiesbaden wichtigen Eingangsbereich. Der Denkmalschutz war gegen eine Verblendung des Baus, die nicht zum Wasserturm passt, hatte aber nach unserer Kenntnis sehr wohl weitergehende Verbesserungswünsche, die nicht berücksichtigt wurden. Das ganze ist ein stadtplanerisches Husarenstück, unausgereift, rechtlich bedenklich und im Ergebnis sicher kein Gewinn für das Stadtbild.



Man kann nur hoffen, daß die neue Schlachthof-Halle attraktiver wird.

Foto: T. Reiß

Michael von Poser

Stadtmuseum

Erinnern Sie sich noch an die weiße Kiste, Mittelding zwischen Heizungskörper und Eisbox, die als Stadtmuseum die Wilhelmstraße zieren sollte? Unsere Kommunalpolitiker waren entzückt davon und wollten nicht einsehen, daß der Bau eine Beleidigung für die Rue darstellte. Unsere Kommunalpolitiker sind eben keine Augenmenschen, sondern Rechner, jedenfalls glauben sie, auf dem Gebiet firm zu sein. Die SPD ist umgeschwenkt, das Projekt war ihr plötzlich zu teuer. Aber das Wettbewerbsergebnis findet sie immer noch schön. Der FDP und den Grünen ist der Heizungskörper nicht zu teuer, sie wollen ihn unter allen Umständen haben, bei der CDU weiß man nicht genau, was sie haben will. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD erscheint das Stadtmuseum wieder als Planungsvorhaben.

Wir möchten alles tun, um den Bau an der Wilhelmstraße zu verhindern. Schon vor längerer Zeit haben wir die Mauritius-Galerie als Unterbringungsort für das Stadtmuseum vorgeschlagen. Die Mauritius-Galerie steht auf historischem Grund, bei ihrem Bau fanden sich Reste römischer Fachwerkhäuser. In der nächsten Nähe lagen das Zentrum des römischen Wiesbaden und die Thermenanlagen. Von Wiesbadens großer Vergangenheit und auch von den Quellen ist zu wenig sichtbar. Ein Jammer, daß der Mauritiusplatz und der Schützenhof so ohne Phantasie und Charme neu hergerichtet worden sind, diese Plätze könnten in ein Konzept der Selbstdarstellung der Stadt einbezogen werden. Ein Stadtmuseum an einer solchen Stelle würde eine Aufwertung des

Areals auch in wirtschaftlicher Hinsicht bedeuten, dieser Teil der Innenstadt bedarf dringend eines verstärkten Publikumsverkehrs. Nicht weit von der Galerie befinden sich Walhalla und Wartburg, kulturelle Angebote könnten einander ergänzen. Die Räumlichkeiten der Galerie öffnen sich mit Fenstern auf die Hochstättenstraße, der ganz neue Funktionen zukommen könnten, der Name Galerie könnte einen Sinn erhalten. Oben am Michelsberg steht das Mahnmahl, darauf bezogene Ausstellungen sind denkbar. Die Stadt hat inzwischen den Gebäudekomplex gekauft, sie muß etwas Überzeugendes damit machen. Mit 6.000 qm hätte die Galerie die nötige Fläche für ein Stadtmuseum. Natürlich müßte man prüfen, ob die Decken für die Aufstellung der Objekte tauglich sind. Als Hauptgrund gegen diesen Standort wird ins Feld geführt, daß die - vom einen gagistischen Künstler entworfenen - Pläne für die Innenausstattung über den Haufen geworfen würden. Es wäre aber gerade ein Vorteil, daß man neue Ideen mit weniger Firlefanz entwickelt.

Der Oberbürgermeister schien zunächst nicht ganz abgeneigt gegen ein Stadtmuseum in der Mauritius-Galerie. Er denkt aber zunächst an die Unterbringung der Stadtbibliothek an dieser Stelle.

Für die Unterbringung der Stadtbibliothek sprechen aber keineswegs so zwingende Gründe, sie würde auch nur die Hälfte des zur Verfügung stehenden Raumes beanspruchen. Die Option mit dem Stadtmuseum in der Mauritius-Galerie sollte man sich auch dann offenhalten, wenn hier zunächst die Stadtbibliothek einzieht. Beispielsweise



Das innere der Mauritiusgalerie

Foto: T. Reiß

könnten Räume für die Präsentation von Teilen der Sammlung nassauischer Altertümer genutzt werden, die heimatlos sind, seit Herr Rattemeyer sie aus dem Landesmuseum hat entfernen lassen. Später setzt sich vielleicht dann doch noch die Einsicht durch, daß die Mauritiusgalerie hervorragend geeignet ist als Standort.

Michael von Poser

City-Passage

Ein irischer Projektentwickler hat vor geraumer Zeit die City-Passage mit Häusern in der Umgebung gekauft und wollte in gigantischer Weise erweitern, ungeachtet der schwierigen Bodenverhältnisse, man hätte die Fundamente teil-



Die City-Passage

Foto: T. Reiß

weise unter Wasser bauen müssen. Wir haben die ganze Planung für abwegig gehalten, aber Professor Pös und sein Architektenbeirat sowie Herr Guntrum von der SEG waren begeistert, alle Mann sind sie nach Dublin gefahren, um dort Werke der Firma Markland zu betrachten, obwohl diese dort gar keinen Einkaufsmarkt gebaut hat. Inzwischen ist Ruhe eingetreten, die Finanzkrise hat zugeschlagen. Markland hat kein Geld mehr zu bauen, will aber wegen der Marktlage auch nicht verkaufen. Da kann man nur warten und hoffen. Die Verwaltung will im Abstand von halben Jahren nachfragen, ob sich vielleicht doch etwas regt. Man hat Markland alle Hindernisse aus dem Weg geräumt, und jetzt soll vielleicht für Jahre nichts geschehen?

Es wäre dringend notwendig, daß etwas kommt. Die SEG hat eine Hauswand in der Kleinen Schwalbacher Straße mit einem Transparent überspannt, auf welchem

zu lesen ist: *Hier entsteht neues Leben*. Bisher ist aber nur ein Sommertheater gekommen. Damit neues Leben entsteht, müßte die City-Passage, die durchaus so groß bleiben könnte wie bisher, mit der kleinen Schwalbacher Straße verbunden werden. Die Geschäftsleute in dem Sträßchen haben diese stadtplanerische Unterstützung verdient. Zu einer Belebung gehörte auch, daß die Mauritius-Galerie zu einem Anziehungspunkt für viele gemacht und die Hochstättenstraße aus ihrer Totheit erlöst wird (siehe Artikel „Stadtmuseum“ auf Seite 5).

Aber wir sind, was das Umfeld der Kleinen Schwalbacher Straße angeht, abhängig von einem irischen Geldgeber, dem das Geld fehlt. Er ist Eigentümer des Geländes. Er hat seine eigenen Interessen, die sich mit den unseren keineswegs decken müssen. Da hilft wahrscheinlich nur Beten.

Michael von Poser

Kita Geschwister-Stock-Platz wird nicht mehr am alten Standort errichtet

Mit dem Abriß der 1974 eröffneten Kita am Geschwister-Stock-Platz im Zuge der nun abgeschlossenen notwendigen Bodensanierung bietet sich jetzt endlich die Möglichkeit, den städtebaulichen Fehler der 1970er Jahre zu beheben und einen permanenten sozialen Problemfall zu entschärfen.

Ursprünglich gehörte das Gelände der Kita zu den 1937 gebauten Herbert-Anlagen. Hier befand sich in unmittelbarer Nachbarschaft zur Wandelhalle ein später als



Die Wandelhallen um 1938

Bild: T. Reiß



Der Pavillon in den Herbert-Anlagen um 1968

Bild: T. Reiß

Café genutzter Pavillon mit Außenbewirtschaftung und im Anschluß daran eine Brunnenanlage. Davor entstand 1941 ein großer Spielplatz. Ein nach dem Krieg parallel zur Bahnhofstraße errichteter Baukörper beherbergte einen Kiosk, Toiletten und den Aufenthaltsraum für den Spielplatzwärter. Durch eine Toreinfahrt war die direkte Wegeverbindung zur großen Freitreppe am Wasserbecken der Herbert-Anlage gesichert. Für den Bau der Kita wurden das

Café, die Brunnenanlage, der Toilettenbau und über die Hälfte des Kinderspielplatzes beseitigt. Auch die Wegeverbindung wurde zerstört. Ohne das Café und infolgedessen durch den Kita-Bau entstandenen zahlreichen toten Ecken entwickelte sich das angrenzende Areal immer mehr zu einem sozialen Brennpunkt.

Seit dem Abriß der Kindertagesstätte hat die BLW immer wieder in den verschiedenen Gremien auf die Vorteile einer Verlagerung der

Kita hingewiesen, zumal das Gelände der Rhein-Main-Hallen durch den Bau der neuen Hallen sowieso überplant wird. An der Stelle der Kita könnte wieder ein gastronomischer Betrieb entstehen, der sich nicht von der Umgebung abschottet und die Wandelhalle mit einbezieht. Die Kita selbst könnte in die neuen RMH (am alten Standort) integriert oder im Anschluß daran errichtet werden. Für Kinder von Kongreßgästen könnte z.B. auch ein spezielles Betreuungsprogramm angeboten werden. Die möglichen Synergieeffekte sind jedenfalls erheblich. Wir freuen uns, daß CDU und SPD den Anregungen der Bürgerliste gefolgt sind und einen Neubau der Kindertagesstätte am alten Standort nicht weiter verfolgen. Wenn es nun noch gelingt einen kleinen gastronomischen Betrieb anzusiedeln, wird dies zu einer erheblichen Aufwertung des gesamten Areals führen.

Thorsten Reiß



Luftbild des Spielplatzes Ende der 1950er Jahre

Bild: T. Reiß

Jugendkriminalität in Wiesbaden

Wenn wieder einmal Jugendliche, wie es scheint ohne besonderen Grund, jemanden umbringen, dann wird sofort das immer gleiche Beruhigungsritual in Gang gesetzt. Zuerst hören wir: Wiesbaden ist eine sichere Stadt. Dann: Die armen Jugendlichen sind vernachlässigt, sie brauchen mehr Zuwendung. Dann: härtere Strafen helfen überhaupt nichts. Dann: Weder die Polizei noch die städtischen Ordnungskräfte können mehr als bisher tun. Ja, und was machen wir nun? Antwort: Werte müssen her, es fehlt an Erziehung. Da aber Werte und Erziehung nicht aus dem Ärmel zu zaubern sind, bleibt eben alles beim alten.

Die Opfer sind Nebensache, die Frage ist: wie können wir den Tätern helfen? Wenn ihnen aber nicht zu helfen ist, wenn sie der Meinung sind, daß es ihnen in unserer Gesellschaft eigentlich ganz gut geht?

Schauen wir uns die Maximen des Beruhigungsrituals etwas genauer an:

Laut Statistik ist Wiesbaden eine

sicherere Stadt als z.B. Frankfurt. Sicherheit ist eine relative Sache, denn bei ca. 65.000 Straftaten und 2.500 Körperverletzungen im Jahr ist die Wahrscheinlichkeit, daß man hier einmal Opfer wird, eben doch nicht so klein. Dazu kommt, daß die Statistik wegen der hohen Dunkelziffer unzuverlässig ist. Der Polizei wird jeweils nur ein Teil der begangenen Straftaten bekannt, gerade bei der Jugendkriminalität ist die Dunkelziffer hoch. Das Wiesbadener Jugendparlament hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, daß die Behauptung, unsere Stadt sei sicher, mit den Erfahrungen der Jugendlichen nicht übereinstimme. Solche Einwände finden wenig Beachtung.

Was die benachteiligten Jugendlichen und ihr mangelndes Selbstvertrauen angeht: ist es nicht gerade das Gefühl der Macht, daß sie zu ihren Angriffen auf andere motiviert? Ihnen fehlt jede Empathie, sie nehmen sich nicht nur das Recht heraus, Mitmenschen in Angst zu versetzen, sondern auch ihnen körperlichen Schaden

zuzufügen, sie zu töten. Die Alltagserfahrung auf Wiesbadener Straßen ist, daß aggressive Jugendliche eher selbstherrlich auftreten, kaum jemand wagt ihnen noch etwas entgegenzusetzen, da er ja weiß, daß das böse für ihn enden kann. Sie beleidigen vorübergehende Frauen, verstreuen nach Belieben ihren Müll. Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund benehmen sich oft wie Herrenmenschen, die ihr eigenes Gesetz haben.

Es mag ja sein, daß höhere Strafen nichts helfen, aber bei Gewalttätigen sind promptere Strafen schon deshalb nötig, weil mögliche weitere Opfer geschützt werden. Wenn ein Tötungsdelikt begangen wird, hören wir eigentlich jedesmal, daß der Täter der Polizei wegen Gewalttätigkeit bekannt war. Es ist ja schön, daß sie ihn kannten, aber wir erwarten von den Richtern, daß sie wohlbekannte Gewalttäter zumindest für einige Zeit aus dem Verkehr nehmen. Was hier anders werden sollte, hat unseres Erachtens die Berliner Richterin Heisig in ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ dargetan: enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugend- und Sozialämtern, Polizei und Gerichten. Man wundert sich, daß solche selbstverständlichen Vorschläge nicht umgesetzt werden.

Hilflosigkeit der Ordnungskräfte: Die zuständige Dezernentin Zeimetz hat persönlich einmal versucht, Jugendliche dazu zu bringen, daß sie ihren Müll wegräumen. Sie mußte feststellen, daß sie machtlos ist. Die Polizei erklärt immer wieder, man sei nicht zuständig für die Lösung gesellschaftlicher Probleme, es



Der Warme Damm war im März diesen Jahres Schauplatz eines grausamen Verbrechens.

Foto: T. Reiß

sei eine Erziehungsfrage. Kann es nicht sein, daß die Liberalität zu weit getrieben wird? Der Schweizer Kriminologe Professor Martin Killias ist der Meinung, daß die zunehmende Jugendkriminalität mit der Schaffung der Gelegenheiten zusammenhänge: zuviel Möglichkeiten, nachts unterwegs zu sein, Alkohol zu trinken, Schule zu schwänzen, sich jeder Verantwortung zu entziehen. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, daß

Jugendliche in ihrem Heimatland viel weniger kriminell sind als wenn man sie in unsere Gesellschaft verpflanzt. Warum? Weil sie zu Hause unter viel strengerer Aufsicht nicht nur durch Eltern und Schule, sondern auch durch die Nachbarschaft und die Öffentlichkeit stehen.

Und nun zur Erziehung und den Werten. Der Ruf danach ist eher komisch, wenn man bedenkt, daß besonders in Folge der 68er-Re-

volution alle Erziehung als autoritär und alle traditionellen Werte als spießig verworfen wurden. Woher jetzt nehmen, wenn nicht stehen? In dieser Stadt und in diesem Land müßte sich ein radikales Umdenken vollziehen, damit eine Anleitung zur Verantwortlichkeit und eine erzieherische Disziplin überhaupt wieder möglich werden könnten. Vielleicht schaffen es die Urenkel der 68er.

Michael von Poser

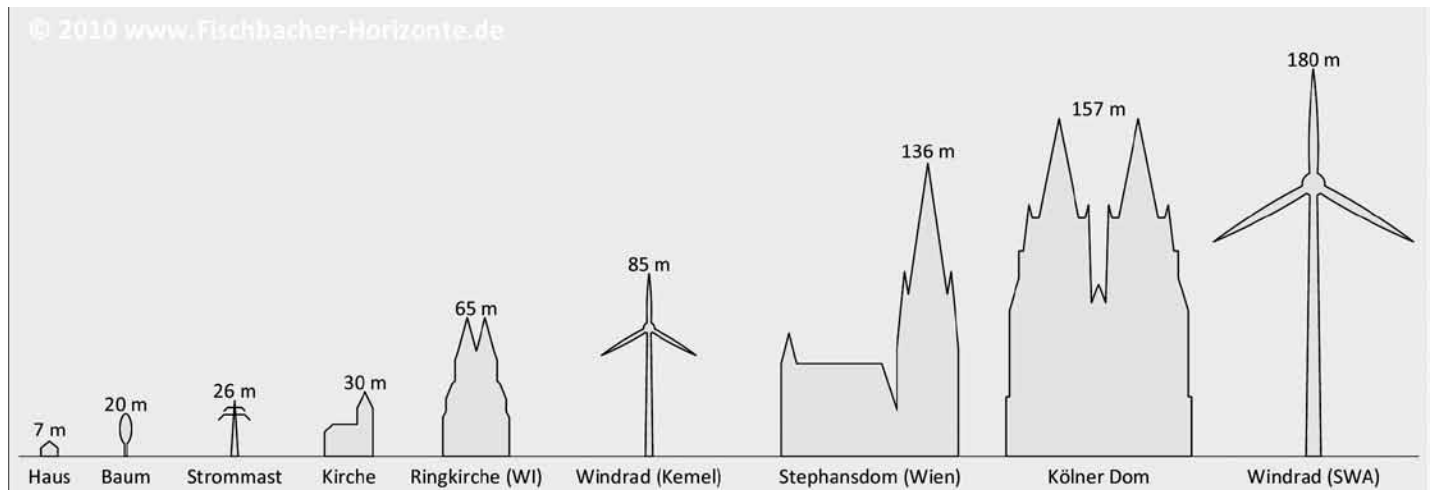
Windkraftanlagen auf den Taunushängen

Frau Thies und die Grünen kämpfen schon lang für Windkrafträder im Raum Wiesbaden, die ja auf den Taunushängen errichtet werden müßten. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD wird auch der Wille bekundet, hier Windkraft zu installieren. Als Standorte wurden

Standort Breckenheim. Die letzten sind wiederum das Werk einer Firma, die Windkraftanlagen baut. Wir brauchen aber Beurteilungen durch unabhängige Fachleute.

Die Debatte in Wiesbaden beginnt erst, in einigen Gemeinden im Taunus ist sie voll ausgebrochen.

treten eingeladen hatte, sondern eine Bürgerinitiative. Grundsätzliche Fragen wurden aufgeworfen, Standortbewertungen vorgenommen, mit einer Fülle von Statistiken und Schaubildern, die Präsentation war hochprofessionell. Die Windkraft wurde nicht ge-



Größenvergleich mit Windkraftanlagen

Bild: Fischbacher Horizonte

bisher die Hohe Wurzel und der Dachsberg bei Breckenheim genannt. In Breckenheim regt sich Widerstand.

Es wurde ein Gutachten eingeholt, das allerdings von einem geschäftlich an der Sache interessierten Institut stammt. Dann gab es noch Vorträge und Untersuchungen zum

So sollen sieben oder neun 180 Meter hohe Windkrafträder an der Bäderstraße zwischen Schlangenbad und Bad Schwalbach errichtet werden. Im September letzten Jahres gab es eine Informationsveranstaltung über die geplanten Windräder in Bad Schwalbach, zu der nicht etwa die Gemeindever-

nerell abgelehnt, es wurde aber herausgearbeitet, daß die Standorte auf den Taunushöhen denkbar schlecht sind, weil eine zu geringe Leistung des Windrades zu vielen Negativfolgen gegenübersteht: Störung des Landschaftsbildes, Lärm, Schattenwurf, Beeinträchtigung der Kur. Die Argumente las-



Simulation von Windkraftanlagen

Foto: Fischbacher Horizonte

sen sich zum Teil auf die Wiesbadener Verhältnisse übertragen, bei ähnlichen Windstärken und Entfernungen. Wir wollen auf den Sachverstand der Schwalbacher Initiative zurückgreifen und haben eine Veranstaltung zu diesem Thema für den 18. August im Presseclub geplant. Für nähere Informationen verweisen wir schon jetzt auf die folgenden Websites: www.fischbacher-horizonte.de, sowie www.naturpark-statt-windpark.de.

Michael von Poser

Umweltbilanz Wiesbaden

In vielen Bereichen ist die Lebensqualität gestiegen, andererseits gibt es im Bereich Umwelt noch große Defizite.

Seit ca. 25 Jahren sind die folgenden Erfordernisse akut:

- der Landschaftsverbrauch ist zu hoch und muß endlich eingedämmt werden,
- keine Bautätigkeit und Versiegelung in hochwassergefährdeten Gebieten,
- keine Großmärkte und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese,
- das allgemeine Verkehrsaufkommen muß durch geeignete Maßnahmen reduziert und auch im Sinne der jeweiligen Anwohner auf ein erträgliches Maß gebracht werden,
- die Vernetzung von Naturräumen und naturräumlichen Einheiten muß stärker forciert werden....
- die Artenvielfalt muß erhalten und die Biodiversität gefördert werden....
- usw....

Die Bilanz ist ernüchternd. Vieles, was nötig wäre, ist nicht erreicht, obwohl mit hohem finan-

ziellen Aufwand versucht wird, die Sünden der Vergangenheit zu reparieren oder auch die Auswirkungen zukünftiger Maßnahmen zu minimieren. Auch sind trotz intensiver Erhaltungsmaßnahmen viele Schutzobjekte in der Funktion gestört, entwertet oder gar verschwunden. Zerschneidungen, Gewerbe- und Neubaugebiete, Arrondierungen von Ortsrandlagen oder auch die Umwandlung der zeitherigen Nutzung sind nicht immer mit Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen möglich. Da Flächen nicht vermehrbar sind, stößt der Ersatz für einen Verlust, etwa durch Aufwertung in vorhandenen Flächen irgendwann an Grenzen.

Ein intaktes, schönes und vielfältiges Landschaftsbild stellt ganz sicher nicht nur für den Erholungssuchenden ein Stück Lebensqualität dar. Die Regeneration von Feuchtgebieten beschränkt sich auch nicht nur auf die Funktion als Lebensraum für Amphibien, die Grünachsen in die Stadt hinein haben nicht nur einen ästhetischen Wert.

Vorgaben der Klimaanalyse werden bei Bauvorhaben zu oft ignoriert. Neben dem fehlenden Ersatz vieler Einzelbäume läßt die Gestaltung vieler Plätze zu wünschen übrig, oftmals sind es nur große sterile Flächen mit Alibi-Baum und insgesamt eben gut zu kehren.

Damit die Stadt in Zeiten der Klimaveränderung nicht zum „Backofen“ wird, sind Ideen und entsprechende Umsetzungen gefragt. Die Verbesserung der Luftqualität durch Einrichtung einer Umweltzone ist für uns viel zu geringfügig, um den bürokratischen Aufwand zu rechtfertigen. Hier müßte mit anderen Maßnahmen gearbeitet werden: Neben dem Durchfahrtsverbot für LKWs sinnvollere Ampelschaltungen, Vermeidung von Staus durch zu viele und zu lang betriebene Baustellen, Einplanung von Fahrradwegen bei Neubaugebieten usw.

Eines ist sicher: Wesentlich mehr Stadtgrün ist notwendig, der Nutzen ist eben nicht unbedingt nur in Zahlen oder Geld zu beziffern.

Richard Abt

Haltung der BLW zur Umweltzone vom Land bestätigt

Einer der Punkte der Tagesordnung des Umweltausschusses vom 16.12.2010 war die „1. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für den Ballungsraum Rhein-Main“. Dahinter verbarg sich die Einführung einer Umweltzone für das gesamte Stadtgebiet (inkl. Vororte)

Großbaustelle am Ring permanent zu einem Verkehrschaos führte, fand ebensowenig Berücksichtigung wie die Tatsache, daß im Zuge der Ringkirchensanierung die Fassade sandgestrahlt wurde und die Arbeiten die Umgebung stark belasteten.

überlasteten Straßen, eine konsequente Freihaltung von Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen, um einen Abtransport der Schadstoffe mit der freien Luftströmung zu gewährleisten. Weiterhin halten wir, neben der Optimierung der bestehenden Fahrradwege, auch den grundsätzlichen Bau von Fahrradwegen in allen Neubaugebieten für unbedingt notwendig.

Es müssen aber auch kurzfristige Maßnahmen ergriffen werden, wobei die Maßnahme „Erhöhung der Durchlassfähigkeit an Knotenpunkten durch Erweiterung der Fahrspuranzahl“, wie sie im Maßnahmenkatalog aufgeführt wird, gerade im betroffenen Bereich Ringkirche nicht leicht umzusetzen ist. Aber durch den Wegfall von Parkflächen auf der Straße, was natürlich bei den betroffenen Anwohnern keine Begeisterung auslösen würde, könnte der Verkehrsfluß beschleunigt und die Stauhäufigkeit etwas gesenkt werden. Weiterhin halten wir weiträumige Umleitungsempfehlungen bei Veranstaltungen (z.B. auf dem Bowling Green) oder Straßenbauarbeiten, die zu Straßensperrungen führen, für geeigneter. Seit Monaten sorgen Bauarbeiten auf der Berliner Straße in Erbenheim für Verdruß und Staus - Umleitungsempfehlungen: Fehlanzeige. Im Gegenteil, jetzt sind sogar noch zwei weitere Baustellen hinzugekommen. Vor allem die zügige Beendigung und eine bessere Koordination der verschiedenen Straßenbaumaßnahmen läßt in unserer Stadt sehr zu wünschen übrig. Hier besteht sofortiger Handlungsbedarf.

Interessant ist die in dem Maßnah-

Die im Umweltausschuß vertretenen Parteien CDU, SPD und Grüne stimmten der Einführung der Umweltzone zu, nur FDP und BLW stimmten dagegen.

Wir sind der Meinung, daß die Einführung einer Umweltzone und verschiedene andere vorgeschlagene Maßnahmen nicht zu einer Verbesserung der Luftqualität in den betroffenen

Bereichen führen werden, unnötigen bürokratischen Aufwand erfordern und nicht praxismäßig sind, zumal die Wirksamkeit einer Umweltzone nach wie vor umstritten ist. Weiterhin sind einzelne Maßnahmen bereits vom Stadtparlament beschlossen worden, z. B. die Beschaffung umweltverträglicher Fahrzeuge im kommunalen Bereich, werden aber nur halbherzig umgesetzt.

Wir denken, daß andere Maßnahmen zielgerichteter wären als die Einrichtung einer Umweltzone, z.B. keine weitere Ausweisung von Baugebieten bzw. übermäßige Verdichtung an ohnehin schon



Umweltplakette

Bild: A. Monzel

und verschiedene Maßnahmen, die zur Reduzierung der Stickstoffdioxidwerte in Wiesbaden führen sollen, da die Grenzwerte an der Meßstation Ringkirche mehrfach überschritten wurden und das Land Hessen die Stadt Wiesbaden aufforderte zu handeln. Mit den vorgesehenen Maßnahmen sollte auch die Feinstaubbelastung gesenkt werden. Eine Modellrechnung (keine Messung!) hatte ergeben, daß im weiteren Verlauf des Kaiser-Friedrich-Rings und der Schiersteiner Straße eine hohe Überschreitung des PM10-Grenzwertes (Feinstaub) vorliegt. Daß in dem fraglichen Meßzeitraum eine

menkatalog getroffene Aussage, „eine spürbare Verkehrsentslastung (Reduktion des Verkehrsaufkommens) ist hingegen durch eine Umweltzone nicht zu erwarten.“ Hauptverursacher der Feinstaubbelastung ist die Industrie, der Verkehr ist zu einem Drittel an der Immissionsbelastung beteiligt (Quelle: Hess. Ministerium für Umwelt, Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main), dennoch wurden z.B. die Planungen für ein Kohlekraftwerk lange von

CDU und FDP vorangetrieben und strengere Auflagen für das „Biomassekraftwerk“ an der Deponie von CDU, FDP und SPD verhindert. Auch der Ausrichtung der DTM-Auftaktveranstaltung auf der Wilhelmstraße, die mit den Zielen des Luftreinhalteplanes und einer Umweltzone absolut nicht vereinbar ist, stimmten die etablierten Parteien zu.

Das Land Hessen hat nun den Antrag der Stadt Wiesbaden zur Einführung einer Umweltzone ab-

gelehnt, da „der Nachweis der Nachhaltigkeit nicht geführt werden kann und diese minimale Auswirkung nicht mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar sei“. Hoffentlich werden jetzt aber endlich sinnvolle Maßnahmen ergriffen und nicht wieder alles auf die lange Bank geschoben, denn saubere Luft wollen wir alle.

Thorsten Reiß

Sauberkeit

Eines der frustrierendsten Kapitel in der Kommunalpolitik für die Bürgerliste sind die Versuche, die zuständige Verwaltung dahin zu bringen, daß sie für größere Sauberkeit in der Stadt sorgt. Wieviele Anträge und Anmahnungen, immer mit konkreten Vorschlägen, haben wir schon eingebracht, es war jedesmal wie dem Ochs ins Horn gepetzt. Da wird erklärt, es sei alles eigentlich ganz gut, dann werden mal Gelder für Maßnahmen eingestellt und es kommt auch nichts heraus. Wir zeigen Bilder von vermüllten Haltestellen und Baumscheiben, von verdreckten Straßen wie der Blücherstraße oder der Dotzheimer Straße, von ständig mit Nachschub versorgten Sperrmüllablagerungen, von Mauern, die seit Jahren besprayed sind. Daraufhin heißt es, man würde die Stadt schlechtreden.

Wenn der Verwaltung gar keine Ausrede mehr einfällt, dann läßt sie uns wissen, daß Teile der Bevölkerung ein Verhaltensproblem hätten. Das ist nur zu wahr: Es gibt viele Mitbürger ohne jedes Verantwortungsgefühl, die einfach, was sie nicht mehr brauchen, fal-

len lassen, notfalls direkt neben einem Abfalleimer. Die Politik antwortet auf das Verhaltensproblem der Bevölkerung mit ihrem eigenen Verhaltensproblem: dem Mangel an Mut. Bei uns wurde mit großem Aufwand eine Gefahrenabwehrverordnung erarbeitet und verabschiedet, die Bußgelder für Verstöße vorsieht. Nur werden die

Bußgelder nicht erhoben, da müßte man ja Leute ärgern und würde sie vielleicht als Wähler verlieren. Außerdem seien nicht genug Ordnungskräfte vorhanden. Wir sind überzeugt, daß sich die Ordnungskräfte aus den Bußgeldern finanzieren könnten. Die weggeworfenen Kippen an einer einzelnen Haltestelle in der Innenstadt



Vermüllte Baumscheibe

Foto: K.H. Maierl



Müll in der Oberen Hellmundstraße

Foto: K.H. Maierl

Michael von Poser

stellen schon ein Vermögen dar. Nur greift man eben nicht ein aus Angst, als repressiv zu gelten. Hier kann man schon von fehlender Zivilcourage reden.

Es ist möglich, eine Stadt sauber zu bekommen, andere Kommunen zeigen das. Wir haben immer wieder auf Beispiele hingewiesen und auf das Spektrum möglicher Maßnahmen. Selbst Frankfurt macht in der Sache Ernst. Wiesbaden, die ehemalige Weltkurstadt, die Weltkulturerbe werden will, erlaubt sich eine Schmutzdelinquenz, die zumindest in diesem Land ihresgleichen sucht.

Reorganisation des Ausländerbeirates

Schon im Juni 2009 haben wir einen Antrag auf Reform des Wiesbadener Ausländerbeirates im Stadtparlament gestellt. Unsere Gründe waren damals: Zu geringe Wahlbeteiligung (9,4%), mangelnde Repräsentativität (über 70% Prozent türkische Mitglieder bei einem Anteil der Türken an der ausländischen Bevölkerung von Wiesbaden von ca. 20%), Unterstützung von Milli Görüs, einer als verfassungsfeindlich eingestuften Organisation, mit Steuermitteln. Für unseren Vorschlag wurden wir damals von allen Seiten heftig angegriffen. Der Vorsitzende des Ausländerbeirates Dogan, der mit falschen Zahlen gegen uns argumentierte, wurde gefeiert.

Inzwischen ist die Geschichte mit den Grauen Wölfen aufgekommen und der Türkische Jugend- und Kulturbund hat die Gnade der Verwaltung verloren. Der Ausländerbeirat hatte die Mittel für Milli Görüs und die Grauen Wölfe nach unserer Intervention 2009

noch erhöht. Trotzdem wurde der Ausländerbeirat ohne weitere Anforderungen wieder gewählt, mit noch kleinerer Beteiligung von Wahlberechtigten: 8,5%. Unsere Rücktrittsforderung an Herrn Dogan wurde überhört, er ist wieder Vorsitzender, obwohl doch in seiner Gruppierung die Vertreter der Grauen Wölfe aufgetreten waren und er maßgeblich an der Vergabe von Steuermitteln an sie beteiligt war. Die Repräsentativität des Ausländerbeirates hat sich nicht verbessert.

Wir haben daraufhin einen neuen Anlauf genommen und im Dezember 2010 einen zweiten Antrag zur Reorganisation des Beirates gestellt. Dem ist es nicht besser ergangen als dem alten, er wurde in den Integrationsausschuß überwiesen und dort durch Aussprache erledigt. Während in vielen anderen Städten in Deutschland die Problematik längst erkannt ist und neue Formen der Ausländerbeteiligung ausprobiert werden, bewegt

sich in Wiesbaden nichts. Und der Wiesbadener Ausländerbeirat ist besonders groß und besonders teuer (insgesamt etwa 290.000 Euro im Jahr). Das ist zuviel Geld für eine Vertretung von ausländischen Mitbürgern, die von diesen in nur so geringem Maße gewünscht wird.

Die Fraktion BLW versteht sich als Vertretung von Bürgerinteressen.

Was bereitet Ihnen Sorge in Angelegenheiten der Stadt? Haben Sie Fragen an uns? Vorschläge? Kritik?

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf! Sie können uns besuchen in unserem Fraktionsraum im Rathaus, Zimmer 308.

Unsere Bürozeiten sind: Montags bis Freitags 10.00 bis 15.00 Uhr.

Sie können aber auch anrufen unter der Nummer 31 31 60 oder eine E-Mail schicken an: BLW-Fraktion@Wiesbaden.de.



Die Moschee in Biebrich

Foto: T. Reiß

Die Verteilung von Steuergeldern an Milli Görüs und die Grauen Wölfe ist für uns ein Skandal und jedenfalls das Gegenteil von Integrationsarbeit.

Was die Verteilung von Steuergeldern an Vereine angeht, die als verfassungsfeindlich eingestuft werden, behauptet die zuständige Dezernentin, sie habe alles richtig gemacht. In den Richtlinien für

diese Vergabe steht aber, daß in Zweifelsfällen der Magistrat und nicht der Ausländerberater zu entscheiden hatte und daß im Verdachtsfall neu geprüft werden muß. Sowohl Milli Görüs wie die Grauen Wölfe waren Zweifelsfälle, trotzdem hat sich der Magistrat nicht eingemischt. Das ist für uns ein klares Pflichtversäumnis.

Nun bastelt man in enger Zusam-

menarbeit mit dem Ausländerbeirat, der doch an der Misere schuld ist, an neuen Richtlinien. Das Zauberwort dabei ist immer „Vertrauen“. Bekanntlich ist aber Kontrolle besser als Vertrauen, und ganz besonders wenn es um die Vergabe von Mitteln an Verfassungsfeinde geht.

Unsere Integrationspolitiker agieren mit einer sturen Blindheit, die einem Sorge machen kann. Sie wollen einfach nicht sehen, daß Deklarationen der Verfassungstreue nicht viel bedeuten, wenn dahinter ganz andere Zwecke verfolgt werden. Das hängt natürlich damit zusammen, daß man selbst auch Zwecke verfolgt, nämlich machtpolitische, und bestimmten Wählerschichten entgegenkommen will. Herr Dogan ist für die CDU ins Stadtparlament eingezogen, der Spitzenkandidat von Milli Görüs kandidiert für die CDU in Dotzheim. Wenn eine bürgerliche Partei sich in dieser Weise öffnet, dann fragt man sich, wie es mit der Wehrhaftigkeit der Demokratie in unserem kommunalen Raum bestellt ist.

Michael von Poser

Veranstaltung mit Hans-Peter Raddatz

Hans Peter-Raddatz ist Orientalist und Finanzanalytiker, Verfasser einer Reihe von Büchern zum Islam wie z.B. *Allahs Frauen*, *Von Allah zum Terror? Allah und die Juden* wie auch zur Finanzkrise. Im letzten Oktober sprach er auf Einladung der Bürgerliste im Presseclub zu dem Thema „Religionsfreiheit für den Islam im deutschen Verfassungsstaat“.

Laut Raddatz hat es der Islam für seine institutionelle Etablierung in

unserem Land gar nicht mehr nötig, sich auf den Artikel zur freien Religionsausübung zu berufen, weil ihm das Bundesverfassungsgericht schon weitgehende Privilegien eingeräumt hat, wie etwa durch das Kopftuchurteil von 2005. Bekanntlich kenne das Scharia-Recht keine Trennung von Politik und Religion, sei also mit unserer Verfassung nicht vereinbar. Religionsfreiheit sei den Rechtsansprüchen des demokratischen Staatswesens nicht

über-, sondern untergeordnet. Wenn muslimische Organisationen schariatische Elemente in unserer Rechtssystem einführen wollten, so sei das eine Kampfansage an unsere Bürgergesellschaft, die die Neutralität des Staates zur Voraussetzung hat. Raddatz kritisiert die Modalitäten des nicht nur bei uns, sondern überhaupt in Europa geführten Dialogs mit dem Islam, da dieser nur auf eine Akzeptanz der Scharia und ihrer Vertreter hinaus-



Hans-Peter-Raddatz Foto: privat

laufe. Als Finanzfachmann, der im Orient gearbeitet hat, beleuchtete er die internationalen Hintergründe der Verbreitungsstrategien des Islam, die Rolle der arabischen Ölstaaten, deren Einfluß auf die europäische Union und die Gründe, weshalb die politischen Eliten mitspielen.

Auf die Wiesbadener Verhältnisse eingehend kritisierte Raddatz den hiesigen Integrationsvertrag: Verfassungsgrundsätze dürften nicht Gegenstand einer solchen Vereinbarung sein, und im übrigen sei es Muslimen nicht erlaubt, mit Un-

gläubigen Verträge über längere Zeiträume abzuschließen. Bei allen Absprachen sei das Ziel die Förderung des Islam und der Scharia.

Die Diskussion nach dem Vortrag von Hans-Peter Raddatz wurde von anwesenden Muslimen zu eher aggressiven Stellungnahmen genutzt, wobei auch antisemitische Töne zu hören waren. Es handelte sich offenbar um eine geplante Störaktion. Diese Art des Auftretens läßt für die Zukunft einiges erwarten.

Michael von Poser

Stadtteilentwicklung Breckenheim

Breckenheim mag hier als ein Beispiel für die östlichen Vororte Wiesbadens stehen. Natürlich hat jeder Ort seine eigenen Probleme, aber den Wunsch, weiteres Bauland auszuweisen, gibt es fast überall. Der Breckenheimer Ortsbeirat hat

da einen besonders starken Drang, obwohl das vor kurzem - leider mit Hilfe der Grünen - in einem Biotop eingerichtete Baugebiet an der Ahornstraße nicht eben viel Nachfrage von Breckenheimer Seite erkennen ließ. Immerhin hat der Ort

eine Hausbesitzrate von 86,5%. Das Bauland an der Ahornstraße wurde zunächst einmal von Wassermassen überflutet, es war eben ein Biotop. Trotzdem: vier neue Baugebiete will man haben; die CDU hat, von der SPD unterstützt,



Die Ahornstraße in Breckenheim

Foto: K.H. Maierl

einen entsprechenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht.

Der Magistrat soll die Tauglichkeit prüfen. Der Magistrat hat aber vor einiger Zeit die Tauglichkeit schon geprüft und kam zu dem Ergebnis, daß nur ein Gebiet, nämlich das südlich des Friedhofs in Frage kommt, denn zwei liegen in geschützter Landschaft und das dritte würde wegen zu großer Nähe zur Autobahn kostspielige Schallschutzmaßnahmen erfordern. In der Sitzung im Stadtparlament am 17. Februar wurde eine Andeutung gemacht, daß die SPD, vermutlich unterstützt von der CDU, am Ortsrand von Breckenheim keine Eigenheime, sondern Wohnsied-

lungen bauen will. Das ist deshalb pikant, weil die SPD Breckenheim in einem Flugblatt vor der Wahl 2006 sich noch empört über die Absicht gezeigt hat, überhaupt in Landschaftsschutzgebiete zu bauen, und noch im Februar dieses Jahres bestätigt hat, daß von den vier vorgeschlagenen Baugebieten nur das südlich des Friedhofs akzeptabel sei. Gleichzeitig forderte diese Partei im Stadtparlament die neuerliche Prüfung aller vier Stellen.

Solche Dinge darf man nicht dem Parteikalkül überlassen. Der Landschaftsschutz hat Vorrang vor Besitzwünschen, von einer Wohnungsnotlage in Breckenheim ist nichts zu erkennen. Im übrigen müßte erst einmal unvoreingenommen der Bedarf ermittelt werden. Seit Herbst 2009 gibt es im Ortsbeirat die Bestrebung, Voraussetzungen für senioren-gerechtes Wohnen zu schaffen. In diesem Zusammenhang wird über die Verlegung des Spielplatzes an der Golfstraße nachgedacht, um im Ortsmittelpunkt eine solche Möglichkeit zu schaffen. In Breckenheim vorhanden sind ein städtischer Kindergarten an der Klingenbachstraße und die Elterninitiative *Hampel und Strampel* Am Buchenhain. Der Kindergarten verfügt über eine ausreichende Freifläche auf dem eigenen Grundstück; *Hampel und Strampel* nutzt intensiv den vorhandenen Spielplatz an der gut erreichbaren Golfstraße, da ein eigenes Gelände nicht zur Verfügung steht, ebenso Breckenheims Kinder. Das Grundstück an der Golfstraße weist aufgrund seiner Größe nur bedingte Eignung für senioren-gerechtes Wohnen auf. Es wären nur einige wenige Wohnungen errichtbar, ein wirtschaftlicher Betrieb durch einen

sozialen Träger scheidet also offensichtlich aus. Die Verlegung des Spielplatzes scheitert an weiteren sachlichen Voraussetzungen: das Ersatzgrundstück am Mühlgartenweg steht nicht zur Verfügung. Es befindet sich überwiegend in Privatbesitz. Nicht geklärt ist die Finanzierung des Vorhabens. Realisierungschance: Eher ungewiß! Fragwürdig ist, warum aus einer für Kinder sicheren Lage an der Golfstraße, die eine reine Wohn- und außerdem Stichstraße ist, eine verkehrsreiche Variante an der Klingenbachstraße / Mühlgartenweg angestrebt wird verbunden mit erheblichen Verkehrsgefährdungen der Kinder. Ortsansässige können das zeitweilige Chaos dort gut beurteilen!

Außer Frage steht: Der Altersentwicklung muß auch in Breckenheim Rechnung getragen werden. Wenn man weiß, daß der Anteil der 50-bis 65jährigen ca. 22% beträgt, der der 65 -bis 74jährigen ca. 16%, so ist ein Handlungsbedarf unschwer abzuleiten. Im Verhältnis zur Gesamtstadt Wiesbaden sind die Anteile dieser Altersgruppe übrigens einige Prozentpunkte höher. Es gibt durchaus Alternativen für die Realisierung eines Projekts *Senioren-gerechtes Wohnen* im Ortsteil: Es bietet sich die Fläche unterhalb des Friedhofs in Breckenheim Süd an. Hier könnte bedarfsgerecht und zukunftsorientiert geplant werden. Die Fläche erfüllt alle Kriterien: Nähe zum Einkaufsmarkt, Bushaltestelle, Ärztehaus, Apotheke, Banken, etc.

Wünschenswert wäre, wenn der neue Breckenheimer Ortsbeirat im Benehmen mit dem Magistrat der Stadt über zum Beispiel diese Alternative nachdenkt!

Heinz Reuter, Breckenheim

Impressum

Postanschrift:

Bürgerliste Wiesbaden

Rathausfraktion

Schloßplatz 6

Rathaus, Zimmer 308

65183 Wiesbaden

Geschäftsstelle der Fraktion:

Rathaus, 3. Stock, Zimmer 308

Telefon: 0611 313160/59

Fax: 0611 316926

Mail: BLW-Fraktion@wiesbaden.de

www.BLW-Fraktion.de

Fraktionsvorsitzender:

Dr. Michael von Poser

Geschäftsführer:

Karl Heinz Maierl

Bankverbindung:

Nassauische Sparkasse Wiesbaden

Kto. 110 241 700

BLZ 510 500 15

Redaktion:

Michael von Poser, Thorsten Reiß,
Andrea Monzel

Layout: Andrea Monzel

V.i.S.d.P.: Fraktion Bürgerliste Wiesbaden

Ausgabe 2 - 2011 (Nr. 16)

Auflage : 60.000

Für den Inhalt der nichtredaktionellen Beiträge sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.